



# HESSISCHER LANDTAG

07. 05. 2002

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag der Fraktion der SPD betreffend Sicherung des Brandschutzes in Hessen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die seit 1999 um rund 21 v.H. geminderten Mittel für die Feuerwehr in Hessen nicht weiter reduziert werden dürfen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich an den Kosten für den Erwerb einer im Rahmen der Tätigkeit bei der Freiwilligen Feuerwehr benötigten zusätzlichen Fahrerlaubnis zu beteiligen.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, das von ihr initiierte unseriöse Feuerwehrinvestitionsprogramm, das dem Brandschutz in Hessen keinen Nutzen bringt und welches die Kommunen finanziell belastet, unverzüglich einzustellen und wieder zu sinnvolleren und kommunalfreundlicheren Investitionsmodellen zurückzukehren.

### **Begründung:**

Obwohl im Jahr 2000 die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer bei über 28 Mio. € lagen und der Haushalt für das vergangene Jahr einen Einnahmeansatz von ca. 25,6 Mio. € ausweist, wurde der Einnahmeansatz von ursprünglich 25 Mio. € in diesem Jahr auf nur noch 10 Mio. € verringert.

Dem stehen jedoch Ausgaben in Höhe von ca. 10,8 Mio. € für die Landesfeuerwehrschule und ca. 26,8 Mio. € für den Brand- und Katastrophenschutz im Haushalt 2002 gegenüber.

Zudem wird die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren zusätzlich durch die europaweit geltenden Führerscheinregelungen belastet.

Wiesbaden, 6. Mai 2002

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Gerhard Bökel**